



Niederschrift

über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Mobilität der Gemeinde Nottuln am 08.11.2022.

Sitzungsort: im Forum des Rupert-Neudeck-Gymnasiums, St. Amand-Montrond-Str. 1, 48301 Nottuln
Beginn: 19:00 Uhr
Ende: 21:17 Uhr

Anwesenheitsliste

Vorsitzende/r

Dr. Susanne Diekmann Bündnis 90/Die Grünen

Ratsmitglieder

Manfred Gausebeck	SPD
Dr. Martin Geuking	FDP
Dr. Andrea Quadt-Hallmann	CDU
Susanne Strätker	CDU

Sachkundige/r Bürger/in

Markus Böker	CDU
Flynn Herbst	SPD
Lukas Laakmann	CDU

Stellvertr. Ausschussmitglieder

Waldemar Bogus	UBG	Vertretung für Frau Kleinschmidt
Richard Dammann	Bündnis 90/Die Grünen	Vertretung für Herrn Uphoff
Hartmut Rulle	CDU	Vertretung für Frau Große Wiesmann

Stellvertr. sachk. Bürger/in

Dr. Julian Allendorf

CDU

Vertretung für Herrn Steimann

Von der Verwaltung

Ian Bartlett

Doris Block (einschließlich TOP 3)

Julia Breuksch

Daniel Krüger

Martina Marquardt-Wißmann

Peter Wemeling

Als Gast

Dipl.-Ing. Hermann Himmelmann

Schriftführung

Nico Lange

In der heutigen Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Mobilität der Gemeinde Nottuln wird verhandelt und beschlossen wie folgt:

A. Öffentliche Sitzung

1	Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit
----------	--

Die Ausschussvorsitzende, Frau Dr. Diekmann, stellt die ordnungsgemäße Einladung zur Ausschusssitzung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest.

Herr Dammann regt an, aufgrund der Interessen der erschienenen Bürger:innen den Tagesordnungspunkt 9 vorzuziehen. Frau Dr. Diekmann lässt darüber abstimmen, den TOP 9 vor den TOP 3 zu verlegen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen.

2	Mitteilungen
----------	---------------------

Herr Krüger erläutert, dass aktuell die herkömmliche Straßenbeleuchtung ausgetauscht und auf 3.000 K umgestellt wird. Dadurch wird ein wärmeres, insektenfreundlicheres Licht erzeugt. Herr Krüger führt an, dass Untersuchungen ergeben haben, dass der Unterschied bei der Ausleuchtung mit 3.000 K oder mit 4.000 K keinen Einfluss auf das Empfinden der Insekten hat.

Herr Krüger informiert, dass der Straßenendausbau im Baugebiet Nottuln Nord sowie an der Erweiterung der Hellersiedlung im nächsten Jahr erfolgt.

Herr Krüger stellt klar, dass die Autobahnbrücken in der Baulast der Gemeinde Nottuln aufgrund der Mängel der Standsicherheit auf maximal 40t Belastung herabgesetzt werden müssen. Darüberhinausgehende Maßnahmen sind nicht vorgesehen.

Herr Wermeling informiert, dass im September dieses Jahres eine Begutachtung der Platanen in der Stiftsstraße stattfand. Die Platanen sind in einem guten Zustand. Um die Bäume in ihrer Vitalität zu fördern, wird im Frühjahr nächsten Jahres ein Erhaltungsschnitt durchgeführt. Die nächste Begutachtung erfolgt turnusmäßig in drei Jahren, also im Jahr 2025.

Herr Wermeling erklärt, dass aktuell einige Säume in der Gemeinde Nottuln als Spenderflächen ausgewiesen sind und vom Naturschutzzentrum des Kreises Coesfeld betreut werden. Gemeinsam mit dem Naturschutzzentrum wurden bereits geeignete Flächen für künftige Säume ermittelt, deren Arbeitsaufwand und Zuständigkeit gilt es noch zu klären.

Frau Marquardt-Wißmann führt aus, dass die Fördermittel aus dem zweiten Teil der Billigkeitsrichtlinie für eine „kombinierte Solaranlage mit Fahrradabstellanlage im Bäderbereich“ in Anspruch genommen werden sollen. Es wird sich um eine Solarthermieanlage handeln, um den Gasbezug der Bäder klimafreundlich zu substituieren. Der Antrag wird zeitnah gestellt und das Projekt wird dem zuständigen Betriebsausschuss für die Gemeindewerke Nottuln Ende November zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt.

Herr Bartlett erläutert, dass für die C85 eine ausreichende Umsteigezeit vom RE42 von 10 Minuten eingeplant ist. Herr Bartlett erklärt, dass die mögliche Wartezeit der C85 begrenzt ist, da sich die Verspätungen ansonsten nach Nottuln durchziehen und dort Anschlüsse gefährden. Betreffend der C85 wird weiter ausgeführt, dass keine aktuellen Zahlen zu deren Auslastung vorliegen. Der RVM möchte jedoch im April 2023 eine umfangreiche Zählung und Erhebung auf der Linie der S60 durchführen, im Zuge dessen auch die Auslastung und Akzeptanz der neuen C85 eruiert wird. Entsprechende Zahlen liegen wahrscheinlich zur Jahresmitte 2023 vor.

Herr Bartlett stellt klar, dass die Ladesäulen am Schlaun-Denkmal (Nottuln) sowie an Schulze Frenkings Hof (Appelhülsen) erneuert wurden und beide Ladepunkte nun die Anforderungen an die Eichrechtskonformität erfüllen. Neben der Möglichkeit mit einer App abzurechnen, können auch Ladekarten verwendet werden. Eine Liste kompatibler Ladekarten kann bei der Gemeindeverwaltung eingeholt werden.

Herr Bartlett führt aus, dass sich bezogen auf die beiden Carsharing-Fahrzeuge von Stadtteilauto am Schlaun-Denkmal der Standort als nicht optimal darstellt, da zu verschiedensten Veranstaltungen auf dem Nottulner Marktplatz die Fahrzeuge umgestellt werden mussten. Im Rahmen einer Standorteruiierung und -begehung haben sich zwei neue Standorte als geeigneter dargestellt. Am 17.10.2022 erfolgte der Umzug. Ein Fahrzeug steht nun am Rhode-Platz auf dem P+R-Parkplatz und ein weiteres Carsharing-Fahrzeug auf dem Parkplatz des Aldi-Verbrauchermarktes in Nottuln-Süd.

Darüber hinaus informiert Herr Bartlett, dass die zweite Öffentlichkeitsbeteiligung des Mobilitätskonzeptes am vergangenen Donnerstag stattgefunden hat, im Rahmen dessen die Teilnehmer:innen die Möglichkeit hatten, Maßnahmen zu entwickeln, um die Leitziele des Konzepts zu erreichen. Darüber hinaus fand am heutigen Dienstag ein Schüler:innenworkshop statt, bei dem die Schüler:innen die Möglichkeit hatten, Stärken und Schwächen zum Thema Mobilität aufzuzeigen und daraus erste Maßnahmen abzuleiten.

Frau Dr. Diekmann bedankt sich für die umfangreichen Mitteilungen.

3	Haushaltsberatungen 2023 für den Fachbereich Planen, Bauen, Umwelt Vorlage: 172/2022
----------	---

Frau Dr. Diekmann stellt klar, nicht über die einzelnen Positionen des Haushalts zu diskutieren, sondern den Haushalt in seinem gänzlichen Rahmen mit Fokus der Thematiken Umwelt und Mobilität zu beraten.

Herr Gausebeck schätzt die finanzielle Lage als sehr kritisch ein. Herr Gausebeck sieht die Problematik in dem Haushaltsausgleich. Herr Gausebeck merkt an, bei den Beratungen nicht zu detailverliebt vorzugehen. Es sei schwierig, nicht notwendige Vorhaben auszumachen und aus dem Haushalt zu streichen.

Herr Bogus legt dar, dass der Haushalt gerade vor dem Hintergrund der anhaltenden Preissteigerungen Probleme mit sich bringen werde. Herr Bogus erkundigt sich, ob es möglich ist Immobilien, die im Besitz der Gemeinde sind, zu veräußern. Frau Block bestätigt die Idee, weist aber gleichzeitig darauf hin, dass es keine Immobilie gibt, die veräußerbar ist und verdeutlicht, dass bei dem Verkauf kommunal genutzter Gebäude immer ein Ersatz notwendig ist. Frau Breuksch schließt sich dem an. Herr Bartlett verdeutlicht, dass das Thema ein Anliegen des Haupt- und Finanzausschusses sowie des Ausschusses Planen und Bauen ist.

Herr Dammann erkundigt sich nach der Möglichkeit, das eingestellte Geld der Ökopunkte im Gemeindegebiet umsetzen zu können. Frau Breuksch betont, dass es an zusammenhängenden Maßnahmen fehlt und dass in Zukunft weitere Baugebiete anstehen. Eine Vorlage diesbezüglich wird im Ausschuss Planen und Bauen beraten.

Herr Dammann verdeutlicht, dass einige Investitionen im Bereich des Straßenbaus anstehen und schlägt vor, diese erst abzuarbeiten, bevor neue Sanierungen genehmigt werden. Herr Gausebeck betont, dass Investitions- und Ergebnishaushalt getrennt betrachtet und die Abschreibungen beachtet werden müssen. Herr Böker gibt als allgemeinen Hinweis an, dass viele Baumaßnahmen früher hätten umgesetzt werden müssen. Eine Verschiebung von Maßnahmen sei nicht zielführend. Herr Krüger verdeutlicht, dass die Verwaltung das umsetzt, was umgesetzt werden muss. Ein Zurückstellen führt zu einem Sanierungsstau und bei einer entspannteren finanziellen Lage werden eine Vielzahl von Maßnahmen, die in anderen Kommunen zurückgestellt wurden, umgesetzt werden müssen; dies führt wiederum zu einer Steigerung der Preise. Frau Block verdeutlicht, dass die großen Investitionssummen im Bereich der Bauvorhaben liegen u.a. bei der Feuerwehr. Eine große Investition, die den Ausschuss Umwelt und Mobilität betrifft, ist nicht festzustellen.

Herr Dammann trägt vor, dass das Thema des Straßenbaus auch im Haupt- und Finanzausschuss zu beraten sei. Zudem kritisiert Herr Dammann, dass im Bereich der Grünpflege eine hohe Summe im Haushalt ausgewiesen und nicht weiter aufgeschlüsselt ist.

Frau Block stellt dar, dass die Gemeindewerke die Grünflächenpflege übernehmen und somit im Betriebsausschuss konkrete Angaben zur Verwendung der eingesetzten Mittel gegeben werden können.

Herr Dammann merkt an, dass die Positionen der Bushaltestellen immer im Haushaltsentwurf eingestellt werden, jedoch nie umgesetzt werden. Herr Krüger unterrichtet, dass die Maßnahmen ausnahmslos umgesetzt werden.

Herr Laakmann erkundigt sich, ob die zusätzlichen Mittel für den öffentlichen Personennahverkehr in Höhe von 20.000 € schon verplant oder noch verplanbar seien. Herr Bartlett gibt an, dass es sich bei den eingestellten 20.000 € um die Anbindung von Nottuln Süd handelt. Nächstes Jahr werden die Zahlen noch höher ausfallen. Herr Bartlett zeigt auf, dass die Position nochmals überprüft wird und im Haushalts- und Finanzausschuss beraten wird.

Frau Dr. Diekmann lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschlussvorschlag:

Die im Sachverhalt aufgeführten Produktbereiche werden vorbereitend für den Haupt- und Finanzausschuss und den Rat beraten und empfehend beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 10 Nein 0 Enthaltung 2

mehrheitlich angenommen

4	Antrag der FDP – Fraktion vom 20.10.2022: Einladung der Firma „IOKI“ Vorlage: 173/2022
----------	---

Herr Dr. Geuking stellt dar, dass sich die FDP-Fraktion vor einiger Zeit mit der Firma IOKI getroffen habe. Herr Dr. Geuking betont, dass die Firma IOKI im Hinblick auf den Nahverkehr zukunftsfähige Gestaltungsmöglichkeiten bereithalten würde, und die FDP-Fraktion hält es als Ergänzung zum Mobilitätskonzept für sinnvoll, sich mit der Firma auszutauschen.

Herr Dr. Allendorf zeigt auf, dass die CDU-Fraktion den Antrag unterstützt und dass das Thema grundsätzlich interessant ist. Außerdem regt Herr Dr. Allendorf an, Kontakt zum Kreis Coesfeld über die Initiative kommt auszubauen, um Synergien zu entwickeln. Das Projekt beinhaltet unter anderem eine Applikation, über die on-demand-services mit eingeschlossen seien.

Frau Dr. Diekmann stellt klar, dass IOKI ein Marktteilnehmer von Vielen ist und der Ausschuss offen für jeglichen Austausch bezüglich des Themas ist.

Herr Dr. Geuking, betont, dass der Austausch mit IOKI kein Widerspruch zum Kreis darstellt und die Option weiterhin besteht.

Frau Dr. Diekmann trägt vor, dass Sie an einer von der FDP organisierten Veranstaltung mit Fa. IOKI teilgenommen hat und die Einblicke sehr interessant waren.

Herr Bartlett verdeutlicht, dass es erste Gespräche auf Kreisebene geben wird, um zu schauen in welche Richtung sich das Projekt kommit entwickelt und wie dies möglicherweise auch auf Gemeindeebene angewandt werden kann.

Frau Dr. Diekmann lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Firma „IOKI“ zu einer der nächsten Sitzungen des Mobilitätsausschusses zur Vorstellung der Erfahrungen und Angebote einzuladen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 12 Nein 0 Enthaltung 0

einstimmig angenommen

5	Erweiterung der B+R-Anlage am Bhf. Appelhülsen um zwei weitere Boxen Vorlage: 167/2022
----------	---

Herr Gausebeck erkundigt sich nach den Fahrradboxen am Rhodeplatz. Herr Bartlett führt aus, dass das Thema auf der Agenda der Verwaltung steht.

Herr Rulle setzt sich dafür ein, dass der Bahnhof in Appelhülsen attraktiver werden muss. Die Boxen würden erst bei steigenden Fahrgastzahlen benötigt. Herr Rulle stellt klar, dass den niedrigen Fahrgastzahlen unterschiedliche Ursachen zu Grunde lägen: Verspätungen der DB, Corona etc. Eine Umsetzung der Boxen mache zum gegenwärtigen Zeitpunkt keinen Sinn. Herr Rulle erkundigt sich, ob es in Zukunft weiterhin möglich sei, die Förderprogramme in Anspruch zu

nehmen. Herr Bartlett betont, dass die Förderprogramme aufgrund der Relevanz des Themas auch in Zukunft höchstwahrscheinlich Bestand haben werden, Details der Programme sind jedoch ungewiss. Herr Bartlett zeigt auf, dass es ungefähr 80% Auslastung braucht, damit die Förderkulisse in Angriff genommen werden kann.

Herr Böker sieht die Problematik in der Unpünktlichkeit der DB und den Auswirkungen der Coronapandemie. Herr Böker fragt nach der langen Warteliste der Fahrradboxen. Herr Bartlett führt an, dass die Warteliste kürzer geworden ist und dass die Boxen mit geplanter Umrüstung des Schließsystems zudem online gebucht werden können. Herr Böker hält eine Erweiterungsmöglichkeit für die Zukunft für sinnvoll.

Herr Gausebeck erkundigt sich, ob es zusätzliche Fördermöglichkeiten gibt, und stellt klar, dass die Boxen eine sinnvolle Abstellmöglichkeiten darstellen, die eventuell auch mit Solarpanelen ausgestattet werden könnten. Frau Breuksch betont, dass die Boxen auch in Zukunft abschließbar und eventuell mit kleinen Solaranlagen ausgestattet werden sollen.

Frau Dr. Diekmann lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschlussvorschlag:

Die B+R-Anlage am Bhf. Appelhülsen wird nicht um zwei weitere Boxen erweitert. Die bestehende Anlage soll gem. Beschluss der Vorlage 033/2022 mit dem neuen Buchungs- und Zugangssystem des NWL ausgestattet werden, um eine verbesserte Verknüpfung des ÖPNV mit dem Fahrrad sowohl vor Ort als auch im gesamten NWL-Gebiet zu ermöglichen und somit die Nutzung von Verkehrsmitteln des Umweltverbundes besser zu fördern. Sobald das Erfordernis besteht, dass die bestehende Anlage nicht mehr ausreichend Abstellmöglichkeit bietet, sollen weitere Abstellboxen errichtet werden und dementsprechend ein Förderantrag gestellt werden.

Abstimmungsergebnis:

Ja 12 Nein 0 Enthaltung 0

einstimmig angenommen

6	Antrag der CDU – Fraktion vom 31.05.2022: Lückenschluss im Radwegenetz. Verlängerung des Radweges an der K13(17) zwischen Billerbeck und Nottuln. Vorlage: 177/2022
----------	--

Herr Dr. Allendorf führt aus, dass das geplante Vorhaben des Radwegeausbaus zwischen Biller-

beck und Darup nicht auf die letzte Steigung abziele. Billerbeck habe die Strecke auf Platz 1 der Dringlichkeit gesetzt und wenn die Strecke kommt, sei die Straße grundlegend zu sanieren. Herr Dr. Allendorf legt dar, dass der fehlende Lückenschluss im Beirat der unteren Naturschutzbehörde bemängelt wurde. Verglichen mit anderen Maßnahmen stelle der Lückenschluss eine kleine Maßnahme dar. Herr Dr. Allendorf sieht zudem eine Chance, Billerbeck mit zu unterstützen.

Herr Dr. Geuking hält den Beschlussvorschlag für sinnvoll und erkundigt sich nach möglichen Konsequenzen für Maßnahmen der Gemeinde Nottuln.

Herr Dammann betont, dass die Fraktion Bündnis90/ Die Grünen jeden Antrag unterstütze, der das Ziel hat, Fahrradwege auszubauen.

Herr Bogus kritisiert, dass eine Priorisierung der Maßnahme eine Meldung des Kreises hätte nach sich ziehen müssen. Herr Krüger stellt klar, dass der Kreis Coesfeld eigene, unabhängige Priorisierungen vornimmt. Herr Bartlett betont, dass die Gemeinde über jede Umsetzung dankbar ist.

Herr Dr. Geuking stellt klar, dass es zunächst nur um Gespräche gehen soll.

Frau Dr. Diekmann lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschlussvorschlag:

1. Die Gemeinde Nottuln befürwortet eine Verlängerung des von der Stadt Billerbeck für das Radwegebauprogramm angemeldeten Radweges entlang der K13(17) auf dem Gebiet der Gemeinde Nottuln.
2. Die Gemeindeverwaltung nimmt Gespräche mit dem Kreis Coesfeld auf, um dem Ausschuss in der nächsten Sitzung die Planungs- und Finanzierungsdetails einer sinnvollen Verlängerung entscheidungsreif vorzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 12 Nein 0 Enthaltung 0

einstimmig angenommen

**7 Bürgeranregung gemäß § 24 GO NRW - Errichten einer ca. 2-3 m breiten Sperrfläche (Halteverbot) vor dem Eingang des Gebäudes Pfarrer-Kroos-Str. 2
Vorlage: 164/2022**

Herr Gausebeck betont, dass die Grundstückseinfahrt schwer zu erkennen sei. Wenn direkt vor dem Haus ein Fahrzeug abgestellt wird, ist der Hauseingang nicht mehr adäquat zu erreichen. Herr Gausebeck stellt klar, dass alleine aufgrund der Unübersichtlichkeit ein Halteverbot notwendig sei.

Herr Bogus stellt klar, dass 50% des CO₂-Ausstoßes vom Verkehr produziert werde und es die Aufgabe der Politik sei, den Fokus zu verschieben. Ein Halteverbot sei im Sinne aller Beteiligten. Herr Krüger betont, dass jedes Verkehrszeichen vom Kreis Coesfeld angeordnet werden muss und dass der Kreis an dieser Stelle keine Notwendigkeit sieht, ein Halteverbot einzuführen.

Frau Dr. Diekmann regt an Alternativvorschläge zur Lösung des Problems darzulegen. Herr Krüger führt an, dass eine Bordsteinabsenkung eine Alternative darstelle.

Frau Dr. Diekmann lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschlussvorschlag:

Die Bürgeranregung wird zur Kenntnis genommen. Vor dem Hintergrund der gesetzlichen Regelung in der Straßenverkehrsordnung zur gegenseitigen Rücksicht und zum Halten und Parken, wird keine gesonderte Regelung getroffen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 9 Nein 2 Enthaltung 1

mehrheitlich angenommen

**8 Bürgeranregung gemäß § 24 GO NRW - Antrag 2: Verkehrsberuhigung der Straße Pfarrer-Kroos und Am Hagenbach
Vorlage: 165/2022**

Herr Gausebeck erläutert, dass es sich um eine schmale Straße handle und ortsfremder Verkehr in Form von LKW´s rausgehalten sowie das Tempo auf unter 30 km/h gedrosselt werden müsse. Herr Krüger verdeutlicht, dass es Tempo 10 in der Straßenverkehrsordnung nicht gibt und die Geschwindigkeitsbegrenzung auf 20 km/h nur in Geschäftsbereichen vorgesehen ist.

Herr Gausebeck regt eine Anliegerstraße an. Herr Krüger erläutert, dass das Schild „Anlieger frei“ nichts nützt, da fast immer ein Anliegen gegeben ist. Herr Krüger referiert, dass es aktuell einen Austausch und Projekt mit Navigationsherstellern gibt, die LKW's um solche Straßen herumleiten sollen.

Frau Dr. Diekmann verdeutlicht, dass es keine kurzfristige Abhilfe schaffen wird, Schilder aber möglich wären. Herr Krüger betont, dass der Verkehr letztlich nicht rausgehalten werden kann, erklärt sich aber bereit, das Anliegen mitzunehmen und weiterzuleiten. Herr Gausebeck regt an, dass Anliegen eines Schildes „Anlieger frei“ weiterzuleiten.

Frau Dr. Diekmann lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschlussvorschlag:

Die Bürgeranregung wird zur Kenntnis genommen. Die etablierte Regelung wird beibehalten.

Abstimmungsergebnis:

Ja 11 Nein 0 Enthaltung 1

mehrheitlich angenommen

9	Sanierung „Roibartstraße“, Nottuln Vorlage: 162/2022
----------	---

Herr Himmelmann vom Büro Gnegel aus Sendenhorst stellt die aktuellen Untersuchungen an der Roibartstraße vor, sowie mögliche Varianten der Sanierung.

Herr Dammann erkundigt sich, inwieweit die Beleuchtungsstandorte verändert werden müssten. Herr Himmelmann stellt klar, dass eine gleichmäßige Beleuchtung das Ziel ist und unter Umständen dafür aktuelle Standorte versetzt werden müssen. Herr Dammann spricht sich dafür aus, die aktuellen Standorte ortsgetreu beizubehalten.

Herr Dammann fragt nach, ob die Roibartstraße nach der Sanierung nur noch für Anlieger frei sein wird. Herr Krüger verdeutlicht, dass es einen verkehrsberuhigten Bereich geben wird, indem die Anwohner rausfahren können. Gleichzeitig betont Herr Krüger, dass eine Straße, in dem nur Anlieger fahren dürfen, sehr schwammig in der Auslegung ist.

Herr Dammann erkundigt sich darüber hinaus, ob die Einfahrt von der Schapdettener Straße zu-

künftig auch nur noch für Anlieger frei sein wird. Herr Krüger führt aus, dass dies nicht vorgesehen ist, ein Umgang mit der Schapdettener Straße bezüglich der Durchfahrtsbeschränkungen wird noch eruiert.

Herr Böker fragt nach der Bauklasse der Straße. Herr Himmelmann verdeutlicht, dass es sich um die Bauklasse 0,3 handelt, also einen untergeordneten Wohnweg. Dieser ist für Breiten der Müllabfuhr und von Rettungswagen ausgelegt.

Herr Böker fragt nach, ob es üblich ist, die Art von Wegen zu pflastern. Herr Krüger stellt klar, dass eine Verbundsteinpflasterung viele Vorteile mit sich bringt, unter anderem die einfachere und zielgerichtete Möglichkeit der Sanierung. Herr Krüger betont, dass dies für die Roibartstraße die beste Ausführungsform darstellt.

Herr Böker erkundigt sich, ob es sich bei den angegebenen Preisen der beiden Varianten um Komplettpreise handelt, inklusive der Entwässerung und dem Oberbau oder nicht. Herr Krüger antwortet, dass es sich bei den Summen um die kompletten Preise handelt. Herr Himmelmann stellt klar, dass die in der Untersuchung festgestellten Stoffe teilweise zusätzlich gesondert entsorgt werden müssen.

Herr Dammann führt aus, dass ein Grunderwerb seitens der Gemeinde Nottuln auf der Roibartstraße abgelehnt werden soll, stattdessen ist es sinnvoll über einen Verkauf von kleinen Flächen nachzudenken. Herr Dammann regt an, dass die Straßendurchfahrt von beiden Seiten nur für Anlieger frei sein soll und es wichtig sei, den Charakter der Straße beizubehalten. Darüber hinaus stellt Herr Dammann die Finanzierung in Frage und merkt an, die Sanierung auf Grundlage der bisherigen Planungen aufzuschieben. Die Straße müsse erhalten werden und irgendwann wird sie zu ändern sein, aktuell jedoch noch nicht.

Herr Bogus fragt nach, was genau mit dem Beschluss erreicht werden solle. Herr Krüger antwortet, dass sich für eine Variante entschieden werden solle und die Verwaltung die Variante zwei der Pflasterung bevorzugt. Diese bringt keinerlei Beeinträchtigung mit sich.

Herr Bogus empfiehlt, zunächst mit den Anwohner:innen zu sprechen. Herr Krüger stellt klar, dass im Nachgang der heutigen Entscheidung die Bürger:innen im Rahmen einer gesonderten Veranstaltung beteiligt werden. Danach werde das Thema nochmals in die Beratung in diesen Ausschuss gehen.

Herr Gausebeck erkundigt sich nach dem Grund der Fokussierung der Thematik zu dem Zeitpunkt, der schlechten finanziellen Lage der Gemeinde. Herr Gausebeck führt aus, dass ca. 60% der Kosten übernommen werden müssten, dies sei zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht realisierbar. Herr Krüger betont, dass die Roibartstraße, laut den Ergebnissen einer aktuellen Untersuchung der Straßen der Gemeinde, in einem äußerst schlechten Zustand ist und eine Sanierung dringend notwendig ist. Die Roibartstraße ist ebenfalls im Straßenunterhaltungskonzept der Ge-

meinde priorisiert. Herr Gausebeck fragt nach, ob die Sanierung unumgänglich sei. Herr Krüger bejaht dieses. Frau Block betont, dass die Sanierung die Aufgabe der Verwaltung ist. Gleichzeitig wird verdeutlicht, dass das Unterhaltungskonzept der Straßen, aus dem die Fälligkeit der Roibartstraße hervorgeht, bereits im Ausschuss beraten wurde.

Frau Dr. Quadt-Hallmann betont, dass der Zustand der Straße länger bekannt sei und dass die Straße im Unterhaltungskonzept aufgeführt ist. Sanierung sei eine Pflicht der Gemeinde.

Herr Böker verdeutlicht, dass die Gemeinde das Unterhaltungskonzept abarbeiten und die Infrastruktur schützen müsse. Herr Böker bezweifelt, dass ein Aufschieben der Sanierung ein nachhaltiges Konzept darstelle.

Herr Dammann regt an, die Maßnahme zurückzustellen und zu einem späteren Zeitpunkt neu zu beraten. Herr Markus Böker fragt nach, ob dies das Konzept grundsätzlich betreffe. Herr Dammann stellt klar, dass jede Straße im Ausschuss zu beraten sei.

Herr Dr. Geuking führt an, dass das Unterhaltungskonzept weiterhin Bestand habe und die Straße dringend zu sanieren sei, jedoch gleichzeitig die finanzielle Situation der Gemeinde schwierig sei. Darüber hinaus führt Herr Dr. Geuking aus, dass die Anwohner:innen bei den Kosten nicht zu beteiligen seien.

Frau Block erläutert, dass eine 60% Förderung angestrebt werde und somit Kosten von rund 150.000 € bei der Gemeinde liegen. Bei einer Nutzungsdauer von 30 bis 50 Jahren ist die Belastung für die Gemeinde gering.

Herr Dammann befürwortet, die Planung zur Kenntnis zu nehmen und das weitere Vorgehen zurückzustellen, bis die Haushaltslage eine Sanierung zulässt. Die Ausschussvorsitzende lässt darüber abstimmen.

Abstimmungsergebnis: Ja 3 Nein 9 Enthaltung 0, mehrheitlich abgelehnt.

Frau Breuksch fragt nach, ob das Unterhaltungskonzept und der aktuelle Umgang nochmals diskutiert werden müssen. Frau Breuksch betont, dass die bisherige Umsetzung zum Beispiel der Roibartstraße mit dem Büro Gnegel, die Rechtsberatungen und Bürgerbeteiligungen enorm viel geldliche und zeitliche Ressourcen verschlingt. Herr Dammann bejaht dies und verdeutlicht, dass die Haushaltslage kritisch sei.

Frau Dr. Diekmann bedankt sich für den Vortrag und lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschlussvorschlag:

1. Der Planung zur Sanierung der Roibartstraße entsprechend dem vorgeschlagenen Entwurf 1 wird zugestimmt.
2. Die Variante 2 wird zur Kenntnis genommen, aber nicht weiterverfolgt.
3. Die Verwaltung wird mit der weiteren Umsetzung der Maßnahme beauftragt.

Abstimmungsergebnis:

Ja 9 Nein 2 Enthaltung 1

mehrheitlich angenommen

<p>10 Abgrenzung des ersten Quartieres für den Förderantrag und die Erstellung des ersten Konzeptes im Rahmen der Energetischen Stadtsanierung – Klimaschutz und Klimaanpassung im Quartier (KfW-Förderung 432). Vorlage: 168/2022</p>
--

Frau Marquardt-Wißmann legt dar, dass die Abgrenzung vom Planungsbüro energielenker in Abstimmung mit der Gemeinde auf Grundlage der Gebiete, die am sinnvollsten zu sanieren sind, vorgenommen wurde.

Die Information wird zur Kenntnis genommen.

Beschlussvorschlag:

Die Abgrenzung des ersten Quartieres für den Förderantrag und die Erstellung des ersten Konzeptes im Rahmen der Energetischen Stadtsanierung – Klimaschutz und Klimaanpassung im Quartier (KfW-Förderung 432) wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

zur Kenntnis genommen

11	Antrag der B90/Die Grünen - Fraktion vom 12.10.2022 – Feuerwerk Martinimarkt – Bitte um Verzicht Vorlage: 169/2022
-----------	---

Herr Dammann betont, dass die Vorlage unterstützenswert sei.

Frau Dr. Quadt-Hallmann verdeutlicht, dass nach aktuellen Studien der CO₂-Ausstoß bei Feuerwerken zu vernachlässigen sei und dass die Thematik beim Bundesumweltministerium gar nicht auftauche. Im Hinblick auf mögliche Ausgleichsmaßnahmen ist bei gegenwärtigen Stellen keine notwendige Maßnahme bei Feuerwerken zu verzeichnen. Frau Dr. Quadt-Hallmann stellt klar, dass in diesem Jahr trotzdem eine Ausgleichsmaßnahme stattgefunden habe; die Entsiegelung am Mammutbaum in Nottuln. Zusätzlich sei das Feuerwerk ein Besuchermagnet.

Herr Dr. Geuking erläutert, die Thematik ebenfalls in der FDP-Fraktion erörtert zu haben, und setzt sich dafür ein, über die Beschlussvorschläge getrennt abzustimmen. Herr Dr. Geuking betont, dass die Informationen der CDU bezüglich der Belastungen interessant seien und es in Zukunft bei den Veranstaltungen jeweils zu prüfen sei, ob eine nachhaltige Umsetzung möglich sei. Herr Dr. Geuking stellt den Antrag die Beschlussvorschläge wie folgt zu ändern und aufzuteilen:

1. Der Rat der Gemeinde Nottuln beschließt, dass die Gemeinde Nottuln im nächsten und in den künftigen Jahren von einem Feuerwerk aus Umwelt- und Naturschutzgründen absieht.
2. Der Rat der Gemeinde Nottuln beauftragt die Verwaltung bei künftigen Veranstaltungen umweltfreundliche Alternativen und Maßnahmen für eine nachhaltige Organisation zu prüfen und umzusetzen.

Herr Herbst stellt klar, dass Umweltschutz und Attraktivität beim Feuerwerk wichtige zu diskutierende Themen seien. Die Informationen der CDU Fraktion seien wichtig. Herr Herbst regt an, zu untersuchen, ob es noch sinnvollere Alternativen zum Feuerwerk gebe.

Herr Bogus verdeutlicht, dass die UBG die Thematik ebenfalls beleuchtet hat und dass die UBG auf Seiten der CDU stünde.

Frau Dr. Diekmann lässt über die geänderten Beschlussvorschläge abstimmen.

Beschlussvorschlag 1:

Der Rat der Gemeinde Nottuln beschließt, dass die Gemeinde Nottuln im nächsten und in den künftigen Jahren von einem Feuerwerk aus Umwelt- und Naturschutzgründen absieht.

Abstimmungsergebnis:

Ja 2 Nein 10 Enthaltung 0

mehrheitlich abgelehnt

geänderter Beschlussvorschlag 2:

Der Rat der Gemeinde Nottuln beauftragt die Verwaltung bei künftigen Veranstaltungen umweltfreundliche Alternativen und Maßnahmen für eine nachhaltige Organisation zu prüfen und umzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 12 Nein 0 Enthaltung 0

einstimmig angenommen

mehrere Beschlüsse >> Niederschrift

<p>12 Umgang der Gemeinde Nottuln zum Thema „Beschattung der Photovoltaikanlagen durch Bäume“. Vorlage: 171/2022</p>
--

Frau Dr. Diekmann führt aus, dass es seit Juni mehrfach Anfragen zum Umgang mit Konflikten bei Verschattung zukünftiger PV-Anlagen durch vorhandene Bäumen gebe. Die Entscheidung ist gerade vor dem Hintergrund des neuen Energiegesetzes ab dem 01.01.2023 schwierig.

Herr Dr. Geuking stellt klar, dass es schwierig sei, über einzelne PV-Anlagen zu entscheiden.

Herr Dammann betont, dass der zweite Beschlussvorschlag sehr einfach zu handhaben wäre für die Verwaltung. Der Beschlussvorschlag 2 bringe weniger Strom, erhalte aber die notwendigen Bäume. Herr Dammann führt an, das PV-Anlage auch zunehmend günstiger werden und auch in verschatteten Bereichen eingesetzt werden können, daher plädiert Herr Dammann für den zweiten Beschlussvorschlag.

Herr Gausebeck stellt dar, dass der Beschlussvorschlag 2 sehr weitgehend sei und dass vorher zu prüfen sei, wie viel CO₂ durch PV-Anlagen und durch einen Baum gespart werden können.

Frau Dr. Diekmann verdeutlicht, dass der einzelne Baum gerade im Hinblick auf die Klimafolgenanpassung eine wichtige Funktion einnehme.

Herr Dr. Geuking führt aus, dem Baumbestand den Vorrang geben zu wollen, der Beschlussvorschlag 2 sei jedoch sehr weitreichend und ein Einfallstor für eine endlose Diskussion.

Herr Krüger stellt klar, dass es auf Kreis- und Landesebene im Zuge des neuen Gesetzes eine eindeutige Vorgehensweise braucht.

Herr Böker referiert, dass eine Problemlösung nicht pauschal zu nennen sei, gerade im Hinblick wie es mit nachträglich gesetzten Bäumen aussehe. Aus diesem Grund sei dem Beschlussvorschlag 1 zu folgen.

Herr Bartlett gibt an, dass das neue Erneuerbare-Energie-Gesetz den Schutz der Bäume in den Hintergrund rückt und dies schwierig für die Entscheidungen der Verwaltung sei. Herr Wermeling führt an, dass öffentliche Belange schwierig abzuwägen sind. Frau Breuksch stellt dar, dass der Beschlussvorschlag 2 aufgenommen wurde, um zu zeigen wie viel bereits über die Thematik diskutiert wurde. Die Verwaltung ist offen für weitere Vorschläge zum Umgang, braucht jedoch eine Maßgabe der Politik.

Herr Bogus stellt klar, dass die UBG über die Thematik diskutiert hat und verdeutlicht, dass die Bundesregierung bereits viel gemacht habe und die Landesregierung folgen werde. Herr Bogus führt an, dem Beschlussvorschlag 1 folgen zu wollen.

Frau Dr. Diekmann lässt über die Beschlussvorschläge abstimmen.

Beschlussvorschlag 1:

Die Verwaltung wird beauftragt, in Austausch mit den kreisangehörigen Kommunen sowie dem Kreis Coesfeld zu treten, um eine abgestimmte, einheitliche Vorgehensweise anzustreben. Zudem wird die Verwaltung beauftragt, den Sachverhalt an die Bezirksregierung weiterzuleiten, um grundsätzlich eine rechtliche Einordnung sowie Handlungsempfehlung zu erhalten.

Abstimmungsergebnis:

Ja 12 Nein 0 Enthaltung 0

einstimmig angenommen

Beschlussvorschlag 2:

Sofern es durch einen vorhandenen Baum zu Verschattungen auf den Dachflächen kommt und das volle Potenzial einer (möglichen) Photovoltaik-Anlage nicht ausgeschöpft werden kann, so soll keine Baumfällung oder ein unnötiger Baumrückschnitt erfolgen, da die Bäume notwendige Funktionen (siehe Sachverhalt) übernehmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 2 Nein 10 Enthaltung 0

mehrheitlich abgelehnt

mehrere Beschlüsse >> Niederschrift

<p>13 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen im Ausschuss Umwelt und Mobilität vom 23.08.2022 hier: „Einbringen von Strassenbäumen sowie Schaffung von Blüh- und Staudenflächen “ nach Fertigstellung der Straßensanierung Brulandstraße. Vorlage: 166/2022</p>

Herr Wermeling trägt vor, dass die Brulandstraße sehr baumarm ist und aufgrund dessen das Büro Gnegel mögliche Baumstandorte untersucht hat, mit dem Ergebnis von 12 möglichen Baumstandorten mit Staudenflächen. Die Kosten belaufen sich auf ungefähr 25.000 €.

Herr Dammann führt aus, sich die Straße angeschaut und eine breite sowie baumarme Straße vorgefunden habe. Die vorgeschlagene Maßnahme würde einiges für den Klimaschutz beitragen. Herr Dammann regt zusätzlich an die schmalen Stellplätze neu aufzustellen und dabei weitere Bäume zu integrieren.

Herr Gausebeck spricht der Verwaltung ein großes Lob aus.

Herr Krüger verdeutlicht, dass die Kosten noch nicht im aktuellen Haushaltsentwurf verzeichnet sind.

Frau Dr. Diekmann lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Brulandstr. in Appelhülsen je nach Möglichkeit mit Bäumen und Blüh- und Staudenflächen auszustatten.

Abstimmungsergebnis:

Ja 9 Nein 0 Enthaltung 3

mehrheitlich angenommen

14 Verschiedenes

Herr Böker erkundigt sich, wann die im Haushaltsentwurf eingestellte Maßnahme zum Glasfaserausbau realisiert wird.

Frau Breuksch führt an, dies klären zu wollen.

Frau Dr. Diekmann erkundigt sich nach dem Stand des Nahmobilitätskonzeptes. Herr Bartlett führt aus, dass aktuell am Mobilitätskonzept gearbeitet wird und das Nahmobilitätskonzept in diesem Jahr noch nicht beauftragt worden ist. Herr Bartlett führt an, dass es sehr viele, strukturelle Maßnahmen im Mobilitätskonzept gibt und es im nächsten Ausschuss zur Diskussion gestellt wird. Danach solle geklärt werden, ob bzw. wofür konkret das Nahmobilitätskonzept zusätzlich noch erforderlich ist.

Frau Dr. Diekmann schließt die Sitzung um 21:17 Uhr.

Dr. Susanne Diekmann
Vorsitzende

Nico Lange
Schriftführer